



Blackbox Steuer-Ruling knacken

Steueroase Guernsey, Vereinigtes Königreich

Es tönt wie ein Krimi; ein schlechter allerdings. Seit anfangs 2014 stehen der Kanton Bern und seine Steuerpraxis im nationalen Brennpunkt. Den Fall ins Rollen brachte das Schweizer Fernsehen am 29. Januar 2014. Laut Rundschau hatte die Ammann-Gruppe 263 Millionen Franken steuerfrei im Ausland parkiert. Das warf – zumindest für die SP Kanton Bern – Fragen auf. Entginnen resp. entgehen dem Kanton Bern Steuereinnahmen in Millionenhöhe, welche schlussendlich zu schmerzhaften Sparübungen führen?

Um Licht ins Dunkel zu bringen, stellte die SP Fragen und forderte in der Märzsession 2014 eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Der bürgerlich dominierte Grosse Rat wollte nichts davon wissen. Der Präsident der Finanzkommission (FIKO) kündigte eine Sonderprüfung an. BDP, FDP und SVP warfen der SP Wahlkampf vor und die GLP zeigte sich «befremdet» über das Vorgehen der SP.

Es folgte ein Schwarzpeterspiel sondergleichen. Die FIKO verzichtete auf die von ihr angekündigte Sonderprüfung durch die Finanzkontrolle. Dies obschon sie den Eindruck hatte, dass die eidgenössische



Michael Aebersold, Grossrat und Fraktionspräsident SP-JUSO-PSA-Fraktion

Steuerverwaltung (ESTV) ihren Kontrollauftrag gegenüber den Kantonen im Bereich Offshore-Gesellschaften nicht systematisch wahrnimmt. Begründet wurde der Verzicht mit erfolglosen Bemühungen, die ESTV zur Mitarbeit zu bewegen. Es brauchte im September 2014 erneut die Rundschau, bevor die kantonale Finanzdirektion die ESTV um Unterstützung ersuchte. Nach dem Motto «Joggeli wott ga Birli schüttle» entschied nun auch die FIKO, zumindest rechtliche Abklärungen vorzunehmen.

Sachverhalte wurden lückenhaft abgeklärt und falsch beurteilt

Umgehend forderte die SP auf nationaler und kantonaler Ebene Fakten (MM SP Kanton Bern vom 26. September 2014). Durch den am 23. April 2015 veröffentlichten Bericht der ESTV wurde die harte Kritik der SP an der Steuer-Ruling-Praxis der Finanzverwaltung bestätigt. Das vernichtende Fazit: Sachverhalte wurden lückenhaft abgeklärt und falsch beurteilt.

Die SP steht für Transparenz und Steuergerechtigkeit. Es gilt die verfassungsmässige Besteuerung nach Einkommen und Vermögen.

Wir verlangen konsequent eine vollständige Aufklärung und eine rechtmässige Handhabung von Steuer-Rulings. Es muss jetzt sichergestellt werden, dass Steuer-Rulings, wenn schon, zumindest rechtmässig erfolgen. Die Finanzdirektion muss ihre Aufsichtspflicht wahrnehmen. Die FIKO hat die Oberaufsicht und muss die Blackbox Steuer-Ruling knacken. Denn wichtige Fragen sind noch immer offen. Dies auch, weil das Büro des Grossen Rats im November 2014 die SP-Motion «Steuerveranlagungspraxis der Berner Steuerverwaltung – der Grosse Rat muss jetzt handeln!» als ungültig erklärte. Wir bleiben dran, bleiben schampar unbequem und wollen Klarheit:

- Wie viele Unternehmen mit Sitz im Kanton Bern mit Tochtergesellschaften im Ausland wurden in der Vergangenheit fragwürdig veranlagt?
- Was unternahm die Berner Steuerverwaltung zur Überprüfung von gewährten Steuer-Rulings?
- Wie gross waren resp. sind die Steuerausfälle für den Kanton Bern?

Bei mir bleibt ein schaler Nachgeschmack, solange diese Fragen nicht beantwortet sind.



SP Schweiz

Für einen engagierten Basiswahlkampf

Ich bin in Freiburg geboren und seit acht Jahren in Bern wohnhaft. Nach meinem Geschichtsstudium war ich mehrere Jahre als Projektleiter für die Eidgenössische Jugendsession tätig und seit Anfang Mai arbeite ich als Regionalleiter für die Basiskampagne der SP Kanton Bern für die Wahlen im Oktober. In meiner Funktion als Regionalleiter leite ich ein Team von sechs CampaignerInnen. Unser Ziel: Mit engagierten Mitgliedern in allen Berner Sektionen zusammenarbeiten, um

möglichst viele potenzielle WählerInnen zu motivieren, im Oktober SP zu wählen. In Thun, Luzern und Zürich sind in den letzten Monaten bereits erfolgreiche Pilotprojekte durchgeführt worden. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir, wenn wir alle zusammen am gleichen Strick ziehen, im Herbst ein unübersehbares Zeichen setzen können, wie viele Menschen für eine offene, soziale und solidarische Schweiz eintreten. Wie die Erfahrungen aus den Pilotprojekten zeigen, bestand der



Micha Küchler,
Regionalleiter
SP Kanton Bern, Basiskampagne Wahlen 2015

Erfolg aber nicht nur in einem guten Abschneiden an der Urne, sondern auch darin, dass das gemeinsame Engagement von hunderten von Mitgliedern viel Energie freigesetzt hat, die die gesamte Partei auch für die Zukunft stärkt. Ich freue mich deshalb sehr, in den nächsten Monaten mit all jenen zusammenzuarbeiten, welche mit ihrem Einsatz das Projekt «Basiswahlkampf» überhaupt erst ermöglichen.

Das Campaigner-Team für die Basiskampagne der SP Kanton Bern

Seit Anfang Mai arbeiten unsere Campaigner Micha, Anna, Lirija, Matthias, Simeon, Dominik und Käthy an der Basiskampagne. Sie kontaktieren alle Sektionen und helfen Mitglieder, Sympis und Interessierte zu mobilisieren, um am 18. Oktober bei den National- und Ständeratswahlen unserer Partei zum Erfolg zu verhelfen. Jede Sektion wird kontaktiert, alle sollen die Möglichkeit haben sich einzubringen und uns zu unterstützen.



Biel/Seeland/PSJB:
Anna Tanner



Emmental/Oberaargau:
Lirija Sejdi



Mittelland Nord:
Matthias Loosli



Stadt Bern:
Simeon Marti



Mittelland Süd
(ohne Köniz)/Thun:
Dominik Fitze



Köniz/Oberland:
Käthy von Wartburg

Ein Ja zur Millionen-Erbchaftssteuer stärkt die AHV!

Die Volksinitiative «Millionen-Erbchaften besteuern für unsere AHV» sorgt nicht nur für mehr soziale Gerechtigkeit, sondern nützt auch den kleinen und mittleren Betrieben (KMU). Dies ist die eindeutige Aussage eines Referats des pensionierten Zürcher Chefstatistikers Hans Kissling. Über die Initiative wird am 14. Juni abgestimmt.

Die «Erbchaftssteuerreform», wie die Vorlage oft genannt wird, schafft wieder Steuergerechtigkeit, nachdem fast alle Kantone die Erbchaftssteuern stark reduziert oder abgeschafft haben. Millionen-Erbchaften sind das Privileg einer sehr kleinen Minderheit. Es ist nur gerecht, dass sie, wie jeder Lottoge-

winn auch, wieder besteuert werden sollen. Der wegen seiner Studien zur massiv wachsenden Vermögenskonzentration hierzulande als «Piketty der Schweiz» bezeichnete Hans Kissling betont, dass mit den betroffenen Erbchaften von über 2 Millionen Franken (4 Millionen bei Paaren) nur 2 Prozent der Bevölkerung die geforderte Steuer bezahlen müssten. Genau jene 2 Prozent, die fast gleich viel besitzen wie der Rest der Schweiz zusammen. Die immer ungerechtere Vermögensverteilung schadet der Wirtschaft. In unserem Land wird alle drei Monate ein Milliardenvermögen vererbt. Mit der Initiative würden diese Millionen-Erbchaften wieder besteuert und



Rolf Zimmermann, SP 60+
Region Bern-Mittelland

der Ertrag jährlich mit 2 Milliarden an die AHV und 1 Milliarde an die Kantone verteilt. Das entlastet die normalen Steuerzahlenden und die Wirtschaft, insbesondere die KMU. Für Letztere gibt es, entgegen falschen Propagandabehauptungen, eine grosszügige Ausnahmeregelung, um die Nachfolge zu sichern.

Es gibt keinen Grund gegen ein engagiertes Eintreten für die Erbchaftssteuerreform: Die von ihr geforderte Steuer auf Erbchaften, die höher als 2 Millionen sind, ist die sozial gerechteste Steuer überhaupt. Mit dem Ertrag für die AHV stärkt sie ausserdem unser wichtigstes Sozialwerk, ohne die Löhne zu belasten.



Timur Akcaşayar



Szabolcs Mihályi

Kampagnenarbeit

Die Kampagnenarbeit ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Sektionen, gerade im Wahljahr 2015. Wir sind in der glücklichen Situation, dass wir über eine starke und breite Basis im ganzen Kanton verfügen, die in den Gemeinden von Brienz bis Malleray, in der Stadt Bern wie in Biel, Thun und Köniz unsere Ideen und Werte zu den Menschen trägt. Und mit der beginnenden Basiskampagne, den Abstimmungen vom 14. Juni und der Unterschriftensammlung für die Prämienverbilligung

stehen uns drei starke Elemente zur Verfügung, um auf der Strasse sichtbar zu sein.

Referendum zur Prämienverbilligung geschafft – jetzt sammeln wir für die Initiative

Nach dem Erfolg der Referendums-Unterschriftensammlung zur Prämienverbilligung – Dank und Gratulation an unsere Mitglieder – sammeln wir jetzt für die Initiative. An den Sammeltagen am 23. Mai und dem Abstimmungswochenende vom

14. Juni sammeln unsere Sektionen vor den Abstimmungslokalen. Wichtig auch hier: Seid als SP klar erkennbar!

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern,
Postfach 1096, 3000 Bern 23,
Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Szabolcs Mihályi
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
15. Juni 2015

† ANDRÉ DAGUET

André liebte die Politik und das Leben

Tief betroffen mussten wir vom Hinschied von André Daguet Kenntnis nehmen. Sein Kampf gegen die heimtückische ALS-Erkrankung war nicht zu gewinnen. Auch wenn der Tod als Folge seiner gravierenden Krankheit nicht unerwartet kam, sind wir ratlos. Obwohl ihm sein Zustand bewusst war, hat er uns bis zu seinem letzten Tag eine Hoffnung spüren lassen, sich allen Einschränkungen zum Trotz doch noch einige Zeit auch in das politische Leben einmischen zu können. Dass er seit vielen Wochen auch nicht mehr sprechen konnte, hinderte ihn nicht, eine intensive Kommunikation mit seinen Besuchern und Bekannten vom Krankenbett aus über die Tastatur seines Smartphones oder per SMS zu pflegen. Seine völlig ungebrochene geistige Präsenz, verbunden mit klaren Positionsbezügen und einer kritischen Kommentierung der aktuellen Politik, kontrastierte total mit seinem physischen Zustand.

André war zeitlebens ein Mensch, bei dem nicht nur Arbeit und Rationalität das Leben prägten.

AGENDA

• **Vorständekonferenz RVs Thun und Oberland in Spiez, Mittwoch, 27. Mai, 19–21.30 Uhr**
Alle Termine: www.spbe.ch/agenda

Er liebte die schönen und emotionalen Momente wie kein anderer. Seine intensiven Freundschaften, das Reisen und das oft meisterlich selber gekochte Essen waren für ihn, als ehemaligen Klosterschüler des Benediktinerordens, keine Gegensätze zur wissenschaftlichen oder politischen Arbeit.

Vom Ausgangspunkt seines politischen Engagements als Soziologiestudent im «forum politicum», der Berner 68er-Studentenbewegung, führte ihn der Weg als pragmatisch orientierten Linken zum Eintritt in die SP, in die damals durch jüngere GenossInnen zur selbständigen Sektion umgewandelten SP Bethlehem. Nach einigen Jahren als Assistent am Seminar für öffentliches Recht, welches sozusagen eine Nische im bürgerlichen Hochschulbetrieb darstellte, übernahm er die Leitung von «Amnesty International Schweiz». Die damalige SPS-Führung unter Helmut Hubacher berief ihn zum SPS-Generalsekretär. In dieser Funktion begründete er im Tandem mit Peter Bodenmann einen neuen Stil der Wahlkämpfe und der Par-



teiarbeit. Nach dem Wechsel zur damaligen Gewerkschaft SMUV gestaltete er massgebend die Fusionen zur heutigen UNIA mit. Diese Gewerkschaft wurde für ihn dann auch eine neue politische Plattform und Heimat, von der aus er sein politisches Talent mit dem Einsitz in den Nationalrat krönte.

Mit André verlieren wir alle einen guten Freund.
Peter Vollmer

ROTES BRETT

Mittwoch, 3. Juni, 10–14 Uhr, Gemeindezentrum Lötschberg (Thunstrasse 2), Spiez.

Kantonale Veranstaltung SP60+

«Einkommens- und Vermögensverteilung»

Kosten (inkl. Mittagessen): Fr. 20.–. Referat von Hans Baumann, SP-Gemeinderat Dübendorf und Co-Präsident der Finanz- und Wirtschaftskommission der SP Kanton Zürich. Anschliessend Podiumsdiskussion

Samstag, 13. Juni, 10–14 Uhr, Hotel Bern

Tagung: Mit Springseil und Rollator in die Zukunft

Demografische Entwicklung: Wir stellen uns der Herausforderung.

Organisation: SP Frauen Kanton Bern. Zielpublikum: SP-PolitikerInnen, Interessierte, Fachpersonen. Kosten: Fr. 5.– für Kaffee mit Gipfeli. Anmeldung bis 1. Juni an zora.schindler@spbe.ch

ZIELKONFLIKTE

Zu jedem Konzept gehören Ziele. Abstimmungen und Wahlen wollen wir gewinnen, logisch. Erstes Ziel. Gleichzeitig wollen wir Mitglieder werben. Zweites Ziel. Meist wollen wir noch unser Image verbessern. Drittes Ziel. Manchmal wollen wir zusätzlich noch sensibilisieren oder für etwas mobilisieren. Viertes und fünftes Ziel. Und so weiter – bis niemand mehr alle Ziele nennen kann, die wir mit einer Kampagne erreichen wollen.

Nur ein einziges Ziel formulieren geht natürlich nicht. Sonst steht man als einfalllos, minimalistisch, vielleicht sogar unprofessionell da. Richtig wäre aber das Gegenteil! Wir sollten uns immer auf ein einziges Ziel einigen und fokussieren. Konsequenz. Alles andere hat zurückzustehen.

Beispiel gefällig? Unsere Wahllisten und ihre Wahl-Ziele: Prozentual zulegen, Sitze halten oder gewinnen. Diese Ziele beissen sich nicht; Weiter geht's mit dem Ziel, dass GenossInnen mit hohem Bekanntheitsgrad kandidieren sollen. Und zwar engagierte. Und schon geht's los mit den Zielkonflikten. Was jetzt? Bekannte oder engagierte KandidatInnen?

Natürlich hätten wir am liebsten «ds Füfi u ds Weggli». Auf der Grossratsliste die frisch gewählte Gemeindepräsidentin, die sich gleich von neuem für die Partei ins Zeug legt. Oder den langjährigen Grossrat aus der Peripherie auf der Nationalratsliste, der bis weit in die Mitte hinein Stimmen holt. Und der für eine Kandidatur mit wenig Aussicht auf Erfolg frohgemut viel Geld und Zeit aufwirft, damit wir auch in der Peripherie gut abschneiden. Theorie und

Rote Feder



Praxis gehen aber bei diesen beiden Zielen meist getrennte Wege ...

Unsere Partei sollte sich jeweils entscheiden, was das Ziel einer Kampagne ist. Alles andere gehört in Nebenziele, die genügend Spielraum lassen und Zielkonflikte verhindern. In die Zielkonflikt-Falle tappete vor einem Jahr auch die SP Thun. Ziel 1: 40 StadtratskandidatInnen. Ziel 2: Geschlechterparität. Erst, als eine Mitgliederversammlung Ziel 2 strich, konnte Ziel 1 erreicht werden. Schliesslich kandidierten 25 Männer und 15 Frauen. Gewählt wurden 5 Männer und 4 Frauen; 2 weitere Frauen befinden sich auf den beiden ersten Ersatzplätzen. Ziel(e) erreicht, oder?

*Franz Schori,
Stadtrat & Präsident SP Thun*